

Mitgliedstaaten des Patentamts fordern gerechte Sanktionen

Große Mehrheit stimmt für Kompromiss bei Strafmaßnahmen

- Eppo König

17. März 2016, 12:17 Uhr



Benoît Battistelli, Präsident des Europäischen Patentamts. Foto: Andreas Terlaak

Die umstrittenen Strafmaßnahmen gegen Mitarbeiter des Europäischen Patentamts, das auch eine Zweigstelle in Rijswijk besitzt, werden revidiert. Quellen bestätigen, dass 26 der 38 Mitgliedstaaten des Amts bei 12 Enthaltungen am Mittwoch in München für ehrliche Sanktionen gestimmt haben.

Die internationale Organisation (7000 Mitarbeiter) genehmigt Patentanträge und verleiht europäische Patente. Die Position des Präsidenten des Amts, des Franzosen Benoît Battistelli (65), steht wegen seines ‚autoritären‘ Führungsstils in der Kritik. Während eines kritischen Kennenlerngesprächs mit Staatssekretär Martijn van Dam (Wirtschaftsministerium, PvdA – Partei der Arbeit) Anfang März lief Battistelli irritiert davon. Bitte lesen Sie unseren diesbezüglichen Bericht vom Mittwoch.

Der Verwaltungsrat, das höchste Organ, das aus 38 Mitgliedsstaaten – darunter die Niederlande – besteht, macht sich große Sorgen über die Entlassung und Herabstufung von drei Mitgliedern der Gewerkschaft SUEPO und des Betriebsrats. Bisher zeigte sich Battistelli von dieser Kritik wenig beeindruckt. In durchgesickerten Protokollen vom Februar beschreibt der Vorstand des Verwaltungsrats die Lage als ‚eine Krise‘.

Der Rat, der sich am Mittwoch und Donnerstag in München traf, forderte kürzlich eine externe Untersuchung der Strafmaßnahmen. Im aktuellen, heute veröffentlichten Beschluss wurde die Forderung abgeschwächt. Battistelli muss sich jetzt auf eine Untersuchung oder eine Intervention durch Mediation oder Schlichtung einstellen. Der Verwaltungsrat ruft das Patentamt und die Gewerkschaften dazu auf, den sozialen Dialog wieder aufzunehmen und zu einer Einigung zu kommen. Nach Angaben des Patentamts hat der Präsident den Inhalt des Beschlusses positiv aufgenommen.

Als internationale Organisation ist das Patentamt seiner Meinung nach nicht an nationales Arbeitsrecht gebunden. Auch erkennt Battistelli die Gewerkschaft SUEPO, die die Hälfte des gesamten Personals vertritt, nicht an. Das Patentamt hat eigene Disziplinarverfahren und einen internen Untersuchungsdienst, der Arbeitnehmer beobachtet. Die Arbeitsweise dieses Untersuchungsdienstes und die Strafmaßnahmen werden jetzt revidiert.

Es ist noch unklar, was mit den Gewerkschaftsmitgliedern passiert, die wegen angeblicher Rufschädigung bestraft wurden. Die Niederländerin Elizabeth Hardon, die Vorsitzende der Gewerkschaft Suepo in München, wurde entlassen. Außerdem wurden ihr die Rentenbezüge gekürzt. Ihr Vorgänger Ion Brumme wurde auch entlassen, und Malika Weaver, der Kassenwartin der Gewerkschaft, wurde das Gehalt gekürzt. Andere Mitglieder der Gewerkschaft erhielten offizielle Verwarnungen.

Liesbeth Zegveld, die Anwältin der Gewerkschaft, fordert von Battistelli, die Entlassungen und die Rückstufung zu widerrufen. „Battistelli missbraucht seine Befugnisse und seine Macht, wenn er beschließt, die drei Gewerkschaftsmitglieder in München doch noch zu bestrafen“, erklärt Zegveld. „Er handelt dadurch definitiv gegen den ausdrücklichen Wunsch der Mitgliedstaaten, die sozialen Verhältnisse zu verbessern und die Gewerkschaft zu schützen.“